

## Fallübersicht

<b>Fall 1</b>	<b>Kampf gegen Rechts</b>	36-52
	<u>Prozessual</u> : Eilantrag gem. § 80 V VwGO; Antragsbefugnis bzw. Prozessfähigkeit einer Personenmehrheit	
	<u>Materiell</u> : Öffentliche Versammlung unter freiem Himmel; Begriff der Versammlung; Unfriedlichkeit einer Versammlung; Verbot einer Versammlung; Verfassungsmäßigkeit des § 15 I VersG	
<b>Fall 2</b>	<b>Demonstrationsverbot am Holocaust-Mahnmal</b>	53-62
	<u>Prozessual</u> : Einstweilige Anordnung gem. § 32 BVerfGG; Antragsbefugnis bzw. Prozessfähigkeit einer Personenmehrheit	
	<u>Materiell</u> : Öffentliche Versammlung unter freiem Himmel; Verbot einer Versammlung an historisch bedeutsamen Orten und diesbezügliche Auflagen; Verfassungsmäßigkeit des § 15 II VersG	
<b>Fall 3</b>	<b>Die streitbaren Klonversuche</b>	63-89
	<u>Prozessual</u> : Erweiterte Fortsetzungsfeststellungsklage gem. § 113 I S. 4 VwGO analog; Verbindung mehrerer Klagebegehren in einer Klage (objektive Klagehäufung)	
	<u>Materiell</u> : Öffentliche Versammlung unter freiem Himmel; Polizeikontrollen (Identitätsfeststellungen und Durchsuchungen) im Vorfeld einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel; Unfriedlichkeit einer Versammlung; Polizeimaßnahmen (Platzverweis und Ingewahrsamnahme) während einer Versammlung unter freiem Himmel; Problem des Rückgriffs auf das allgemeine Polizei- und Ordnungsrecht im Vorfeld einer Versammlung (Polizeifestigkeit einer Versammlung); Gesetzgebungskompetenz der Länder im Bereich des Versammlungsrechts; Zitiergebot des Art. 19 I S. 2 GG	
<b>Fall 4</b>	<b>Der Wirtschaftsgipfel</b>	90-120
	<u>Prozessual</u> : Erweiterte Fortsetzungsfeststellungsklage gem. § 113 I S. 4 VwGO analog; Verbindung mehrerer Klagebegehren in einer Klage (objektive Klagehäufung)	
	<u>Materiell</u> : Öffentliche Versammlung unter freiem Himmel; Polizeikontrollen (Bildaufnahmen, Identitätsfeststellungen, Durchsuchungen, Ingewahrsamnahme, Datenabfrage etc.) im Vorfeld einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel; Unfriedlichkeit einer Versammlung; Polizeimaßnahmen (Ingewahrsamnahme; Verbringungsgewahrsam; Zwang) während einer Versammlung unter freiem Himmel; Problem des Rückgriffs auf das allgemeine POR im Rahmen einer Versammlung (Polizeifestigkeit einer Versammlung); Gesetzgebungskompetenz der Länder im Bereich des Versammlungsrechts; Zitiergebot des Art. 19 I S. 2 GG; Ausschluss Einzelner von einer Versammlung gem. § 18 III VersG bzw. § 19 IV VersG; Verfassungsmäßigkeit der §§ 18 III, 19 IV VersG; verfassungskonforme Auslegung	

<b>Fall 5</b>	<b>Tornados über dem Protestcamp</b>	121-129
	<u>Prozessual:</u> Allgemeine Feststellungsklage gem. § 43 I Var. 1 VwGO	
	<u>Materiell:</u> Öffentliche Versammlung unter freiem Himmel; Protestcamp als Versammlung; Überflug mit Bundeswehrkampfjets und Fertigen von Bildaufnahmen als Grundrechtseingriffe und deren Vereinbarkeit mit der Versammlungsfreiheit	
<b>Fall 6</b>	<b>Razzia in der „Deutschen Eiche“</b>	130-147
	<u>Ausgangsfall:</u> Begriff der Versammlung; öffentliche Versammlung in geschlossenen Räumen; Polizeimaßnahmen (Identitätsfeststellungen, Durchsuchungen, Sicherstellungen; Videoaufnahmen) während und nach einer öffentlichen Versammlung in geschlossenen Räumen; Problem des Rückgriffs auf das allgemeine Polizei- und Ordnungsrecht im Rahmen einer Versammlung (Polizeifestigkeit einer Versammlung; Minusmaßnahmen auf Grundlage der Befugnisse nach VersG); Auflösung einer Versammlung gem. § 13 VersG; Anschlussmaßnahmen auf Grundlage des allgemeinen Polizei- und Ordnungsrechts; Verfassungsmäßigkeit der §§ 13 und 12a VersG	
	<u>Variante:</u> Versammlungsfreiheit als vorbehaltlos gewährleistetes Grundrecht; Anwendbarkeit des VersG oder des allgemeinen Polizei- und Ordnungsrechts bei einer nichtöffentlichen Versammlung (in geschlossenen Räumen); Gesetzgebungskompetenz der Länder im Bereich des Versammlungsrechts; Zitiergebot des Art. 19 I S. 2 GG	
<b>Fall 7</b>	<b>Ein ganz normaler Polizeieinsatz</b>	149-170
	Abgrenzung von Maßnahmen auf Grundlage der StVO und des POR; Standardmaßnahmen wie Ingewahrsamnahme, Betreten von Wohnungen, Durchsuchung von Personen; Richtervorbehalte; Sicherstellung; Abgrenzung präventive/repressive Polizeitätigkeit; Identitätsfeststellung; Datenabgleich; Voraussetzungen der Befugnisgeneralklausel (öffentliche Sicherheit; Gefahr)	
<b>Fall 8</b>	<b>Manni und die Verkehrskontrolle</b>	171-191
	Befugnisse nach Straßenverkehrsrecht; Abgrenzung spezialgesetzlicher Befugnisnormen zu denen des POR; Rechtsnatur von Standardmaßnahmen; Sicherstellung von Sachen; Begriff und Komponenten der öffentlichen Sicherheit; Durchsetzung von Verfügungen mit Mitteln des Zwangs; Vernichtung von sichergestellten Sachen; Überprüfung von Berechtigungsscheinen; Vorladung	
<b>Fall 9</b>	<b>Warnungen vor „Radarfallen“</b>	192-207
	<u>Ausgangsfall:</u> Befragung, Identitätsfeststellung, Verfügungen auf Grundlage der Befugnisgeneralklausel, Zuständigkeit der Vollzugspolizei für längerfristige Maßnahmen (Problem der Eilfallkompetenz); Sicherstellung von Sachen; Durchsetzung von Verfügungen mit Mitteln des Zwangs; mittelbare Verursachung einer Gefahr (Theorie der unmittelbaren Verursachung)	
	<u>Variante:</u> Warnungen vor Radarkontrollen im Rundfunk	

<b>Fall 10</b>	<b>Fehlalarm</b>	208-220
	Standardmaßnahmen nach Polizeigesetz; unmittelbarer Zwang zur Durchsetzung einer Verfügung; Wohnungsbetretung; Anscheinsgefahr und Anscheinsstörer; Kosten eines Polizeieinsatzes	
<b>Fall 11</b>	<b>Folgen eines Hochsommers</b>	221-231
	Verstoß gegen Vorschriften der Rechtsordnung als Beeinträchtigung des polizeilichen Schutzzugs der öffentlichen Sicherheit; Zwang im Sofortvollzug; Mitverursachung der Gefahr durch die Gefahrenabwehrbehörde	
<b>Fall 12</b>	<b>Unterbringung eines Obdachlosen</b>	232-249
	<u>Prozessual</u> : Einstweilige Anordnung gem. § 123 VwGO; Unterscheidung zwischen Sicherungsanordnung und Regelungsanordnung einerseits und Anordnungsanspruch und Anordnungsgrund andererseits; „Ermessensentscheidung“ des Gerichts	
	<u>Materiell</u> : Ansprüche auf polizeiliches Einschreiten; staatliche Schutzpflicht; Opportunitäts- und Legalitätsprinzip; Ermessensreduzierung auf Null; Inanspruchnahme eines Nichtstörers; Folgenbeseitigungsanspruch (Variante 1); Amtshaftung (Variante 2)	
<b>Fall 13</b>	<b>Häusliche Gewalt</b>	250-257
	<u>Prozessual</u> : Umstellung einer Anfechtungsklage auf eine Anfechtungsfestsetzungsfeststellungsklage gem. § 113 I S. 4 VwGO; Entbehrlichkeit der Durchführung eines Vorverfahrens; Fortsetzungsfeststellungsinteresse	
	<u>Materiell</u> : Häusliche Gewalt; Wohnungsverweisung und Rückkehrerverbot; Sachverhaltsermittlung; Anhörungserfordernis; Gegenwärtigkeit der Gefahr; staatliche Schutzpflicht	
<b>Fall 14</b>	<b>Abschleppen</b>	258-273
	Abschleppen von Kfz; Rechtsnatur und Wirksamwerden von Verkehrsschildern; Verwaltungszwang in Form einer Ersatzvorannahme; Kosten der Abschleppmaßnahme; allgemeiner öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch; Amtshaftungsanspruch	
<b>Fall 15</b>	<b>Laserdrome</b>	274-284
	Untersagung eines Gewerbes; Menschenwürdeverletzung bei simulierten Tötungshandlungen; Menschenwürde als Bestandteil der öffentlichen Ordnung; Europarechtskonformität einer gewerberechtlichen Verfügung	
<b>Fall 16</b>	<b>Rasterfahndung und Quellen-TKÜ</b>	285-299
	Vereinbarkeit der Rasterfahndung mit Art. 2 I i.V.m. 1 I GG; Vereinbarkeit der Quellen-TKÜ mit Art. 10 I GG bzw. Art. 2 I i.V.m. 1 I GG; Anforderungen an eine Gefahrenprognose; Genügenlassen einer drohenden Gefahr	